

Man kann es nicht mehr hören

Es ist ja nicht so, dass in Berlin nicht gebaut wird. Am 21. Januar zum Beispiel findet mal wieder ein Richtfest statt. In Neukölln baut STADT UND LAND 101 Wohnungen und die viel gescholtene Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) zieht den Richtkranz persönlich hoch.

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin befindet sich an diesem Wochenende zu ihrer jährlichen Klausurtagung in Rostock. Und was ist heute im Tagesspiegel zu lesen: „Man muss bauen, bauen, bauen“. „Fraktionschef Raed Saleh warnt vor ‚Denkverboten‘ bei Rot-Rot-Grün. Die SPD will verstärkt auf Wohnungsbau, Pflege und Nahverkehr setzen.“ Was heißt das? Ist nicht bisher auch auf Wohnungsbau und Nahverkehr gesetzt worden? Inzwischen hat die Koalition fast die Hälfte ihrer Legislaturperiode geschafft. Am Ende steht dann aber die Frage, was sie geschafft hat.

Der Wind werde in den nächsten Monaten härter, sogar sehr hart, zitiert ihn der Tagesspiegel. Grund seien die vielen Wahlen, die in diesem Jahr anstehen. Der 26. Mai, Tag der Wahl des Europäischen Parlaments, dürfte zum Schlüsseldatum werden. Danach könnte die Ära Merkel enden, die GroKo und vielleicht sogar R2G in Berlin. Vor allem wird der SPD ein schlechtes Ergebnis prognostiziert.

Der Autor dieses Beitrages weiß auch nicht, was die SPD noch tun könnte, um wieder bessere Ergebnisse zu erzielen, im Bund, in Berlin und überall. Vor allem bei den Wahlen in den Ostdeutschen Ländern Sachsen (10%) und Thüringen (12%) steht der SPD ein Debakel bevor. In Brandenburg liegt sie gleichauf mit der AfD bei 20%.

„Ratz fatz“ habe Salehs Fraktion so wichtige Themen wie die Gebührenfreiheit für das Schulesen und das Schülerticket umgesetzt. Das ist für die Zielgruppe erfreulich. Davon, dass sich die Eltern bei der SPD dafür bedanken, ist wenig zu spüren. Auch die Anhebung des Mindestlohns ist eine gute Initiative. Weniger gut ist, dass sich Saleh und Wirtschaftssenatorin Pop öffentlich über die Höhe streiten. Während sich die SPD einen Mindestlohn von 12,63 Euro wünscht, hält Ramona Pop 11,30 Euro für ausreichend. Und Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer des UVB, VME, AWB sowie Geschäftsführer des WVEB, also aller möglichen Unternehmensverbände, findet den SPD-Mindestlohn allein schon deshalb schlecht, weil es dann der höchste in Deutschland wäre. Berlin darf offenbar nicht Vorreiter sein. Anstatt auf Verhandlungstaktik zu setzen, fiel Saleh nichts Besseres ein, als Pop und Amsinck in der RBB-Abendschau zu beschimpfen. Die hier erwähnten Damen und Herren

hätten gut reden, verdienen sie doch 10.000 Euro und mehr im Monat. Wenigstens Gutverdiener Saleh hat ein Herz für die unteren Gehaltsgruppen. Alles gut, alles richtig, warum setzt sich dann aber die führende Kraft in der Regierungskoalition nicht durch?

Das ist ja das Dilemma, in dem sich die SPD befindet. Sie verfügt zwar über die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus, steht aber bei allen Umfragen nur auf Platz vier hinter Grünen, CDU und Linken kurz vor der AfD. In so einer Situation ist Klappe aufreißen eher eine Verzweiflungstat. Die SPD kann von allen Koalitionspartnern am wenigsten mit dem Bruch des Bündnisses drohen. Bei Neuwahlen würde Tagesspiegel-Protégé Ramona Pop Regierende Bürgermeisterin in welcher Koalition auch immer. Die Linke ist die einzige Partei, der es egal ist, ob sie mitregiert oder nicht. In der Opposition hat sie sich immer am wohlsten gefühlt.

Aus dem fernen Rostock kann man gut auf die Regierungspartner in Berlin schimpfen. Scharf, so die Berliner Morgenpost, kritisierte Saleh Lompscher und Pop, was diesen vermutlich am Allerwertesten vorbeigehen dürfte. „Regierungschef Michael Müller habe Recht, wenn er im Hinblick auf den Wohnungsbau sage, so könne es nicht weitergehen, sagte Saleh auf der Tagung in Rostock-Warnemünde.“, schreibt die Morgenpost. „Die SPD müsse da ‚mehr Druck machen‘. Es sei richtig, Wohnungen anzukaufen und sogenannte Milieuschutzgebiete auszuweiten. ‚Aber wenn man die Mieten im Griff haben will, muss man bauen, bauen, bauen, ob es Frau Lompscher gefällt oder nicht‘, so Saleh.“, lesen wir in der Morgenpost. Haben wir also in Berlin neben der Mietpreisbremse auch eine Baubremse?

Und auch beim öffentlichen Nahverkehr laufe es schlecht, weiß Saleh, „Wagenmangel, übervolle Züge und Ausfälle bei der U-Bahn.“ **„Die Leute kotzen**, die Leute sind sauer. Und das zu Recht.“ Klare Worte des Vorsitzenden. Man wird den Eindruck nicht los, als sei die SPD eher Beobachter, denn führender und gestaltender Akteur in der Berliner Politik. „Die SPD werde hier nicht wegschauen“, sagt Saleh. Er will mit Verkehrssenatorin Günther und BVG-Chefin Nikutta „ernsthaft“ über die Probleme in der Fraktion reden. Da können wir nur auf das Ergebnis gespannt sein. Zitat Morgenpost: „Nötig sei unter anderem eine Verlängerung der U8 in das Märkische Viertel. Es könne nicht sein, dass Günther das permanent ablehne. ‚Das geht nicht.‘“

Und nun? Mal wieder Neuanfang nach einer Klausurtagung? Die SPD vermittelt den Eindruck, als seien Grüne und Linke Politikverweigerer. Diese Koalition ist wirklich, trotz vieler Erfolge, anstrengend.

Ed Koch